

Wolfgang Thierse

Rede auf dem kulturpolitischen Kongress „Menschen brauchen Visionen – Anforderungen an die kommunale Kulturpolitik“ der Bundes-SGK in Zusammenarbeit mit dem Kulturforum der Sozialdemokratie in Essen am 14. Juni 2002

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen!

Wenn man über Kulturpolitik reden will – und dann noch mit so einem anspruchsvollen Titel „Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik“, dann geht es mir jedenfalls so, dass man widersprüchliche Eindrücke hat: den Widerspruch zwischen der Klage, der Katastrophenstimmung angesichts der dramatischen finanziellen Nöte, die ich Ihnen, die ich Euch nun wahrlich nicht ausführlich schildern muss, auf der einen Seite und auf der anderen Seite doch einer regelrechten Konjunktur von Kultur und kulturellen Ereignissen, der Beobachtung eines gewachsenen Bedarfs an identitätsstiftender Kultur.

Einerseits bleibt die staatliche Kulturpolitik – allen kreativen Reformen und Finanzierungsalternativen zum Trotz – angesichts der geringen öffentlichen Mittel bedroht, dies, obwohl die Kultur nun wirklich ein Politikfeld ist, auf dem die rot-grüne Bundesregierung einen deutlichen Aufbruch zustande gebracht hat. Hilmar Hoffmann schrieb gar – diese finstere Stimmung bündelnd – von apokalyptischen Szenarien. Die Theater sterben, die kleinen Kinos, die Orchestervielfalt geht verloren. Die Bibliotheken leben nur noch von dem kleinen Rest, den ihnen die neuen Technologien übrig lassen – so Hilmar Hoffmann. Das mag übertrieben klingen. Doch vor Ort – das wisst ihr ja sehr genau – geht es tatsächlich um mehr als um das ewige Lamento der Kreativen, man fördere sie zu wenig. Das war immer schon so. Es geht darum, dass manche

Kulturinstitutionen, die urbane Lebensqualität ausmachen, durch die Sparzwänge kommunaler Kulturetats existenziell gefährdet sind.

Auf der anderen Seite – das muss man in Erinnerung rufen – verfügt nach wie vor wohl kein anderes Land auf der Welt über ein ähnlich dichtes Netz von Kultureinrichtungen, wie es Deutschland hat. Und viele Facetten des Kulturellen sind wichtiger geworden. Kultur hat sich seit den späten 90er Jahren zu einer Art Leitbegriff entwickelt, durchaus auch im Sinne eines kritischen Korrektivs zur neoliberalen Marktenthemmung. Kultur, die alles infrage stellen darf und der Selbstwahrnehmung dient. *Kunst ist eine Art Aufruhr*, so hat es der große Picasso einst pointiert gesagt, oft auch dieselbe Kultur – den Marktregeln folgend – als ein gigantischer Industriezweig, als Event, als Medienereignis, als Sonntagsvergnügen, das die Attraktivität unserer Städte erhöht.

Bei der Eröffnung der Documenta11 war gar – ich hoffe, nicht ganz ohne Ironie – von Kassel als der eigentlichen Hauptstadt Deutschlands die Rede, ein schöner Anspruch.

Ein abgehobenes Kunst- und Kulturverständnis – darin sind wir uns einig – gehört schon länger der Vergangenheit an. Wir haben hinter uns – und darin herrscht wohl eine fundamentale Übereinstimmung – eine Entwicklung zu einem breiten Verständnis von Kultur und Kulturpolitik. Das hatte ja - dieses enge Kulturverständnis - auch früher kein Monopol. Vergessen wir nicht, dass es eine historische Alternative gab, das auf Solidarität abzielende Bewegungsmilieu der Arbeiterkultur. Das gehört mit – wie ich finde – nicht zu den schlechtesten Traditionen der Sozialdemokratie, dass sie immer auch, in ihren Anfängen noch deutlich sichtbarer als heute, eine Kulturbewegung war in dem breiten Sinne des Wortes, als Bildungsbewegung, als Bewegung, die das kulturelle Erbe, das künstlerische Erbe, die Traditionen sich aneignen wollte, und zugleich auch eine Bewegung, die dazu beitragen wollte, eigene künstlerische Hervorbringungen zustande zu bringen. Und später, viel später stand nicht zuletzt die Chiffre 68 für die Kritik am bürgerlich affirmativen Charakter der Kultur, wie die berühmte Formulierung von Herbert Marcuse hieß. In den 70er Jahren, um einen ganz kurzen historischen Flug zu unternehmen, wurde die Neukonzeption einer reformorientierten Kulturpolitik in den Terminus von der Soziokultur gegossen. Kultur solle die Realität nicht meiden, sondern engagiert, gesellschaftspolitisch wirken, *Kultur für alle* – Hilmar Hoffmann – und *von allen* – so die kulturpolitische Gesellschaft bzw. *das Bürgerrecht Kultur* – Hermann Glaser. So

waren die Losungen, das waren die Leitworte einer sozialdemokratischen Kulturpolitik. Oder soll ich es sentimental, nostalgisch sagen, die Leitbegriffe einer Hochzeit sozialdemokratischer Kulturpolitik, an die manche sich mit Sehnsucht erinnern.

Aber was da gewonnen wurde in diesen historischen Entwicklungen, gilt ja weiter als unser gemeinsames fundamentales Kulturverständnis. „Kultur bildet die humane Identität einer ganzen Gesellschaft entscheidend ab und bestimmt damit ihr sozialpolitisches Niveau mit“, so die „Kulturpolitische Gesellschaft“ 1976. „Denn die Kultur“ – wieder ein Zitat der „Kulturpolitischen Gesellschaft“, nun aus einem Text von 20 Jahren später, von 1996 – „ist für die Zukunft einer Gesellschaft entscheidend, weil die Vielfalt und Kreativität der in ihr praktizierten Lebensformen dafür verantwortlich sind, dass sie neuen Bedingungen gerecht werden können, ohne die für ihr Selbstverständnis wesentlichen Qualitäten aufgeben zu müssen“.

Heute nun ist das Zauberwort *Kultur*, zudem die sich immer rasanter verändernden, in den Modernisierungsprozessen sich verändernden Bewusstseinslagen – denken wir an den unaufhaltsamen Aufstieg einer weltweiten Pop-Kultur oder an die gewissermaßen postmoderne Erlebnisgesellschaft - , in den letzten 20, 30 Jahren immer deutlicher ein Merkmal zur Unterscheidung sozialer Gruppierungen geworden, zu einem Paradigma, in dem sich soziale Strömungen, Gruppierungen, Schichten selber definieren und verstehen und ausdrücken.

Wir haben aber gerade im letzten Jahr auch – das gehört mit zu diesem Vorgang – schmerzlich erlebt, dass Kultur auch als identitätsstiftendes Projekt mit antimodernen Abwehrbewegungen daherkommen kann, mit Nationalismus und Ethno-Zentrismus. Auch der, auch antimoderne Bewegungen definieren sich durchaus dominant kulturell. Terry Eagleton hat in seiner im letzten Jahr auf Deutsch erschienenen Studie „Was ist Kultur?“ diese grundlegende Differenz zweier Kulturbegriffe zugespitzt. Auf der einen Seite die abgrenzend gemeinschaftlich homogenisierende Kultur, auch dafür gibt es übrigens eine deutsche Tradition, man muss sich nur an die eigene Lektüre von Herder erinnern, und auf der anderen Seite ein aufgeklärt plurales Kulturverständnis, allerdings nicht ohne die Gefahr von Beliebigkeit und problematischen Folgen kultureller Globalisierung. Das schöne Stichwort von Benjamin Barber „McWorld“ genannt.

Sozialdemokratische Kulturpolitik – das jedenfalls ist Ergebnis dieser langen Geschichte sozialdemokratischer Kulturbemühungen um Kulturpolitik – liegt ein weiter Kulturbegriff zugrunde. Die Pflege, Entwicklung und Förderung der Künste bleiben selbstverständlich im Zentrum der Kulturpolitik, werden aber in ihren sozialen, kulturellen und politischen Kontext gerückt. Doch ist Kunst eben keine bedeutungsfreie, nur auf sich selbst bezogene Aktivität, sondern auch ein Ort des Erinnerens, der Selbst- und Welterfahrung. Und die vermittelt in allen Brüchen und Widersprüchen Bilder, Visionen von gelingendem Leben, nach denen es immer neu und immer wieder einen großen Bedarf gibt, unstillbaren menschlichen, gesellschaftlichen Bedarf.

Und es geht auch um die Bedingungen, unter denen Kunst stattfindet, um die gesellschaftliche Reflexionsleistung von Kunst, darum, was von der Kunst wesentlich ist für die Selbstgestaltung des Menschen. Konstituiert nicht Kultur den Sinn für das Mögliche, für eine andere, eine bessere Wirklichkeit? Auch das war ja immer wichtig für Sozialdemokraten und unser Verhältnis zu den Künsten.

Jean Francois Lyotard schrieb einmal: „Künstler vermögen uns sehen zu lassen, dass es Unsichtbares in Sichtbarem gibt.“ Kunst und Kultur sind – sinnlich und intellektuell – Räume menschenverträglicher Ungleichzeitigkeit und damit ein entscheidendes, ein notwendiges Lebensmittel für jede demokratische Gesellschaft. Auch wenn es um Funktionales geht – sagen wir es mit den Worten von Immanuel Kant „die Kultur der Gemütskräfte zu geselliger Mitteilung zu befördern“ –, schaffen Kunst und Kultur doch Gegengewichte in einer Welt aus Zweckbestimmungen und Funktionalisierungen. Dieser Gedanke der klassischen deutschen Ästhetik, ein Schlüsselgedanke, erscheint mir von eigentümlicher Modernität.

Auch wenn sie nicht immer direkt gesellschaftskritisch und politisch auftreten, sind die Künste doch Erfahrungsräume für den Menschen jenseits seiner beiden marktgerechten Rollen, nämlich Arbeitskraft und Konsument zu sein. Das menschliche Bedürfnis, mehr als dieses zu sein, dafür sind die Künste eine besonders wichtige Antwort.

Die Kultur kann einen Freiraum für das Unangepasste bieten. Sie kann schmücken, politisieren, amüsieren oder sie kann auch sich selbst zum Thema machen. Doch immer drückt sich in Kunst, in Kultur der Wunsch nach Individualität, nach Selbstbestimmung,

nach Sinnerfüllung, nach menschlicher Ganzheit aus. Kunst, die anstoßen und anstößig wirken will, ist der Ort phantasievoller Kritik und von neuen Fragen nach Handlungsorientierung. In diesem weiten Sinne verstehen wir Kultur als niemals abgeschlossenes prozessuales Selbstgespräch in der demokratischen Gesellschaft, als schöpferische, künstlerische, literarische, musikalische, kritisch intellektuelle Auseinandersetzung auf der Grundlage von Werten, Erfahrungen, tradiertem Wissen und von Weltdeutungen und als jeweils zeitgenössisch-ästhetische Bearbeitung des *Woher-wir-kommen* und *Wohin-wir-gehen*, einschließlich von Reflektionen über die beste Form gesellschaftlicher Ordnung, also eben schlicht das Suchen nach Orientierung und Sinn.

Wenn ich es richtig sehe, haben die Künste sich nach Jahren der Distanz und des Rückzugs wieder neu in einem vernünftigen und weiten Sinn des Wortes politisiert. Nehmen wir als einen Beleg, als ein unübersehbares Symptom das Feuilleton. Ich bin ja ein eifriger Leser, was zwar viel Zeit kostet, aber gelegentlich Ärger und Vergnügen bereitet, beides ist ja notwendig. Wo früher eher feinsinnige Rezensenten ziselierte Stilbetrachtungen zum Besten gaben, diskutieren heute die Kulturmacher über Biogenetik, über Terrorismus, über Global- und Mediengesellschaft, über Abwehrbewegungen fremder Kulturen sowie über Nation und demokratische Kultur. Aus dem Feuilletonisten scheint ein allzuständiger Kulturmanager geworden zu sein, der sich jedenfalls immer neue Themen ergreift, der den Wertewandel der zweiten Moderne, wie man sagt, moderieren will. Die gesellschaftspolitische und philosophische Grundsatzdebatte, der intelligentere Teil gesellschaftlicher Selbstverständigung, die Erörterung von Werte- und Wahrheitsfragen, die Suche nach geistiger und moralischer Orientierung, alles das findet wesentlich als Kulturdebatte statt: im Feuilleton. Ich nenne nur ein paar Beispiele, die ihr alle in Erinnerung habt. Nach dem 11. September ging es um die islamische Herausforderung und die kulturelle Dominanz Amerikas und um die Frage, wie notwendig der Dialog der Kulturen sei.

Die ersten Ergebnisse der Pisa-Studie lösten eine längst überfällige bildungspolitische Debatte aus. Nach dem Schulmassaker in Erfurt standen die Gewaltorgien im Fernsehen, Video und Computer auf dem Prüfstand, überhaupt die Frage nach der Rolle der Gewalt in unserer Gesellschaft.

Angesichts der Skandalisierung des neuen Romans von Martin Walser durch die FAZ ging es um die Verantwortung von Verlegern und Schriftstellern, darum, wo Antisemitismus beginnt und wo Literaturkritik zum inszenierten Medienspektakel sich wandelt.

Und die neue Möllemann-Westerwelle-FDP war Anlass über den sogenannten Tabubruch gegen die ebenso sogenannte Political-Correctness als dominierende Denkfigur des neuen Populismus zu streiten. Das „endlich einmal Klartext-Reden“, eben auch gegen Juden, Fremde, Faulenzer, Sozialbetrüger wird als *Befreiung* verkauft.

Der europäische Rechtspopulismus gerät zur „Emanzipation der Demokraten“ – so hat das Möllemann bezeichnet und hoch gejubelt und damit zur Kenntlichkeit gebracht, was die Strategie der FDP ist – zur „Emanzipation der Demokraten“, in Anführungsstrichen, wo dieser eigentlich ein obszöner Angriff auf historisch-moralische Verantwortung, auf demokratische Regeln, auf Liberalität und Toleranz, auf bisher stabile gemeinsame Grundwerte der demokratischen Parteien ist, eben schlicht „Regression“, wie es Jürgen Habermas neulich genannt hat.

Diese Liste kulturpolitischer Debatten der letzten Wochen und Monate ließe sich fortsetzen. Der Zeitgeist – von ästhetischer Innerlichkeit, von Zynismus und Politikdistanz vorherrschend noch vor einigen Jahren – ist offensichtlich auf dem Rückzug. Ich beklage das nicht, im Gegenteil. Übrigens steht auch die letzte Woche eröffnete Documenta des Kurators Okwui Enwezor für diesen erneuerten Bezug von Kultur, Gesellschaft und Politik. Stärker als bei den letzten Präsentationen der Documenta will Kunst dort wieder Themen unserer Zeit aufgreifen, politisch Stellung beziehen und im politischen Kontext gelesen werden. Gleichzeitig hat sich die moderne Gegenwartskunst doch nicht – wie von manchem Kritiker befürchtet – in politisch theoretische Plattformen und Debatten aufgelöst. Von der *Rückkehr der Kunst in den Katastrophenszenarien* war zu lesen. Und im Tagesspiegel vor einigen Tagen fand ich die Sätze: „Die Documenta11 zeigt, nach jahrzehntelangen Debatten hat sich die Kunst besonnen und behauptet mutig ihre Eigenständigkeit in einer Welt, die zwischen Wirklichkeit und künstlerischer Produktion immer weniger trennen kann. In dem Moment, in dem sie als tot erklärt wurde, kehrt die Kunst mit Macht in ihr angestammtes Reich zurück“, und ist dabei nicht fern der Politik, auch nicht unpolitisch, sondern stellt sich der Spannung.

Wer es noch nicht getan hat, sollte sich über den faszinierenden Zusammenhang des politisch und des künstlerisch Provozierenden, in Szene gesetzt von einem weltweit kreativen Potenzial, in den nächsten Wochen selbst ein Bild machen.

Also, es mag banal klingen, aber Kultur, Gesellschaft und Politik sind heute vielfältig miteinander verschränkt und aufeinander angewiesen. Kunst und Kultur geben unserer Gesellschaft – das klingt wie ein Glaubensbekenntnis – ein humanes Gesicht, stellen ein unverzichtbares Gut unseres Sozialstaates dar. In der demokratischen Gesellschaft – davon reden wir und wir sollten es nach wie vor und mit immer erneuertem Selbstbewusstsein tun – ist die Entwicklung von Kreativität ein wichtiges Potenzial. Gerade in den Zeiten demokratischer Veränderungsprozesse, fortschreitender Globalisierung, wirtschaftlicher und sozialer Umbrüche geben Kunst und Kultur entscheidende Anstöße zu konkreten Visionen, zu Reflexion und zu Identitätsbildung. Provokative Impulse aus der nicht immer leicht zu vermittelnden Avantgarde sind dabei von grundlegender Bedeutung. Demokratie ist ohne Kultur nicht denkbar. Sie braucht die aktive Einmischung der Bürger, der Künstler als Bürger und der geisteswissenschaftlichen Intelligenz als Bürger. Die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur transportiert eben grundlegende Werte, schärft den Blick für soziale Teilhabe und unterstützt Toleranz, Emanzipation, Persönlichkeitsbildung. So wird Orientierung erleichtert für individuelles wie kollektives Handeln – durch geistige, durch ästhetische Herausforderungen. Dazu gehört das Neue jenseits der abgegriffenen Normalität ebenso wie die kluge und anregende Unterhaltung und die Beziehung auf das künstlerische Erbe.

Kulturelle Themen stehen im Zentrum der Kommunikation von Menschen und gehören folglich auch ins Zentrum der Politik. Wenn aber – und das war der Sinn dessen, was ich bisher gesagt habe – die Politikbezüge des Kulturellen wieder so viel wichtiger geworden sind, dann muss auch Kulturpolitik mehr sein als nur ein randständiges Politikfeld.

Im Mittelpunkt aktiver Kulturpolitik steht selbstverständlich – das ist nichts Neues, aber man muss es aussprechen – die Förderung der Künste, der Werke von Komponisten, Bildhauern, Malern, Fotografen, Schriftstellern, von Regisseuren, Schauspielern, Tänzern, Architekten - die weibliche Form jeweils mitgedacht, das dauert sonst zu lang.

Und alle Künste benötigen ein Podium. Künstler sind angewiesen auf Auftritts- und Ausstellungsmöglichkeiten, auf interessiertes Publikum und auf Zutritt zum Kunstmarkt. Es geht also auch immer um die Förderung des Zugangs des Publikums. Die Aufgabe des Staates im öffentlichen kulturellen Leben bleibt bei der Bereitstellung, Bewahrung und Pflege dieser Podien und in der Sicherstellung kultureller Vielfalt. Die Aufgabe von Politik besteht darin Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Künstlerinnen und Künstlern erlaubt, frei und möglichst sozial abgesichert zu arbeiten. Das geht gewiss nicht ohne selbst verwaltete Institutionen, ohne demokratische Interessenvertretungen und Verbände, die sich um die sozialen und rechtlichen Rahmen für künstlerische Arbeit kümmern. Aber auch ohne die politische Förderung ehrenamtlichen und materiellen Engagements ist eine gesicherte Vielfalt des kulturellen Lebens nicht vorstellbar. Kunst und Kultur dürfen eben nicht zum kostspieligen Zeitvertreib für wenige werden.

Die aktive, gestaltende Kulturpolitik wird damit zunehmend eine genuine Querschnittsaufgabe von Politik werden, die u.a. eben wirtschafts-, sozial-, bildungs-, rechts-, außenpolitische Handlungsfelder beeinflusst. Natürlich muss Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik mehr sein als bloße Kulturverwaltung. Sie muss darüber hinaus trotz der Einsparungen Projekte und Visionen ermöglichen. Sie sollte Debatten und Diskurse entfachen und in die Stadt tragen oder über sie hinaus. Wir brauchen die Debatte über den Qualitätsanspruch von Kulturpolitik und Kulturarbeit sowie über die Sicherung der kulturellen Grundversorgung. Das war ja schon eben Gegenstand der Foren. Bund, Länder, Kommunen müssen jeweils für sich und miteinander definieren, welche Qualitäten von wem und in welcher Form erhalten oder ausgebaut werden sollen. Sowohl der öffentliche Auftrag kultureller Angebote als auch die Ziele und Standards sind zu diskutieren und zu präzisieren. Auf dieser Grundlage können dann bessere staatliche Handlungsprogramme entwickelt werden, wobei auch zu entscheiden sein wird, mit welchen Partnern – im frei gemeinnützigen Bereich, in der Wirtschaft, in der Bürgerschaft – diese umgesetzt werden können.

Innovative Strukturveränderungen, die mittelfristig eine stärkere wirtschaftliche Eigenständigkeit von Einrichtungen ermöglichen, sollten unterstützt werden. Die positive Bedeutung von Kunst und Kultur, von struktureller und wirtschaftlicher Veränderung von Kommunen und Regionen ist vielfältig nachgewiesen. Darüber brauche ich nicht lange reden. Es folgt nur daraus auch eine Verpflichtung von Politik, nämlich durch

Beschäftigungs- und Existenzgründungsprogramme, durch die richtige Begleitung, auf die spezifischen Bedingungen und Risiken künstlerischer Produktion zu reagieren und die Initiativbereitschaft zu fördern. Dabei ist die Beschäftigungsfrage mit der Aus- und Weiterbildung zu verknüpfen. Innovation kann man nur ermöglichen, wenn flexibel handhabbare Budgets zur Verfügung stehen, insbesondere auf dem Wege der Anschub- und Projektförderung.

Liebe Genossinnen und Genossen, Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik. Das zeigt sich bei zentralen kulturpolitischen Aufgaben. Ich will einige von ihnen kurz skizzieren.

Spätestens seit der Konfrontation mit Fundamentalismus und Nationalismus und Ethnozentrismus, das ist ja nicht nur ein globales Problem, spätestens seitdem Parallelgesellschaften eine reale Gefahr für manchen Stadtteil, für manche Stadt wurden, rückten interkulturelle Dialoge und kulturelle Werteverständigung in den Mittelpunkt. Schon Willy Brandt hatte von der *auswärtigen Kulturpolitik als dritter Säule der Außenpolitik* gesprochen. Heute geht es zudem im eigenen Land um die kulturpolitische Gestaltung des Zusammenlebens Unterschiedlicher – von einheimischer Mehrheit und zugewanderten Minderheiten. Die weltweite Globalisierung und die fragile kulturelle Vielfalt bei uns hängen zusammen. Wir müssen umgehen mit Prozessen der Internationalisierung von Kulturmustern und Kulturstilen, mit neuen multikulturellen Aneignungsformen sowie mit regionalen, ethnisch und religiös motivierten Gegenbewegungen. Statt um den Kampf der Kulturen geht es natürlich um Toleranz und Offenheit. Das ist aber nur die eine Seite. Kulturpolitik muss auch ein – das Wort von Gerhard Schröder ist da ganz zutreffend – „Kampf um Kultur“ sein. Das heißt, es gilt in allen Kulturen Bewaltbereitschaft, Unterdrückung, apokalyptische Sehnsüchte, arrogante Alleinvertretungsansprüche zurückzudrängen. Prinzipien von Demokratie, Freiheit, Menschenrechten, die es alle ohne ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit nicht gibt, wollen begründet und immer neu verteidigt werden. Das heißt aber auch und eben, sich der eigenen Wertegrundlagen auf der Basis der europäischen Aufklärung zu vergewissern. Ohne solcherart fundamentale ethische Begründung kommt keine überzeugende Kulturpolitik aus.

Ein weiteres Stichwort: Nicht erst die Pisa-Studie mit ihren für Deutschland bescheidenen Ergebnissen macht uns bewusst, wie sehr Kultur und Bildung zentrale Ressourcen der

Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts sind. Von der Entwicklung dessen, was Pierre Bourdieu einmal unser *kulturelles Kapital* genannt hat, hängt ja unsere Zukunft ab. Kulturelle Bildung ist aber etwas anderes als das, was mit dem so gängigen Wort „Fitmachen“ gemeint ist. Fitmachen für die Konkurrenz im digitalen Kapitalismus, das wird es nicht sein, das wird nicht reichen. Es geht um Verständigung über kulturelle Inhalte und um die Ziele von Bildung und Erziehung. Kommen wir eigentlich auf Dauer ohne Bildungskanon aus, selbst wenn er nicht für ewige Zeiten sein wird? Wie vermitteln wir ordentliche Deutschkenntnisse für alle, immerhin die entscheidende Basisqualifikation für jedes weitere Lernen, ohne die es keine Teilhabe an der Gesellschaft gibt? Wie können wir trotz der frühen Prägung durch die Computerisierung das Lesen lernen, das selbständige Denken, Kreativität und Verstehen von Zusammenhängen retten? Wie gehen wir mit den offenkundigen Defiziten an Wertorientierung um, an demokratischer und gewaltfreier Gesinnung? Wie ist der Schwerpunkt weg von schematischer Auslese hin zu mehr individueller Förderung verlagerbar? Wie können wir ganzheitliche Ansätze, die die musische und künstlerische Erziehung aus ihrem derzeitigen Schattendasein befreien, besser fördern? Derzeit gibt es für derartige Kernfragen jeder Bildungsreform eine außerordentliche Offenheit, mehr als noch vor ein, zwei Jahren. Das sollten wir als Chance nutzen und uns in diese Debatten als Kulturpolitiker vehement einmischen. Sonst werden die Unternehmensberater, die Wirtschaftsfachleute diese Debatte bestimmen – mit Ergebnissen, die mich eher beunruhigen.

Unter demokratischer Zivilgesellschaft wird landläufig die Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft, der freiwillige Dienst am Mitbürger und das verstärkte Engagement in Übernahme öffentlicher Aufgaben und Ämter verstanden. Es geht aber vor allem um die Neubelebung solidarischer Bindungen und gegenseitiger Hilfe, letztlich um die Zivilisierung des beschleunigten Wandels durch politische Integration und ein neues Bürgerbewusstsein. Das Handeln aus gesellschaftlicher Verantwortung und mit demokratischer Zivilcourage zu fördern, auch als Alternative zur neoliberalen Scheinantwort von Privatisierung und allseitiger Vermarktung, dies ist – denke ich – eine zentrale kulturpolitische Aufgabe. Der rechtsstaatliche Rahmen und das sozialstaatliche Fundament bleiben hierbei natürlich entscheidende Voraussetzungen. Definieren wir Kultur, um noch einmal Hilmar Hoffmann zu zitieren, „als Entfaltung sozialer Beziehungen“, so wird das Kulturelle geradezu zu einem Synonym für die

Zivilgesellschaft. Es geht zunächst um Aktivierung. Von den geschätzten 22 Mio. Bürgerinnen und Bürgern, die sich in Deutschland freiwillig – wie heißt es immer – ehrenamtlich engagieren sind im Kulturbereich immerhin über zwei Millionen tätig. Das ist ein Potenzial, das möglicherweise noch zu erweitern ist. Schätzungen sagen, dass nur noch rund zehn Prozent des kulturellen Lebens vor Ort ausschließlich in öffentlicher Hand liegen. Zwei Drittel bis drei Viertel der öffentlich getragenen und finanzierten Kultureinrichtungen funktionieren heute nur unter Mitwirkung von Bürgerengagement.

Es geht sodann um Sozialisation. Natürlich ist trotz der Gefahr der Abhängigkeit von kurzfristigen Werbeinteressen viel gewonnen, wenn durch den Ausbau von finanziellem Mäzenatentum der Kultur mehr Gelder oder – wie man sagt – Sponsorengelder zufließen. Vielleicht noch wichtiger aber sind die mit höherer Eigenfinanzierungsquote und verstärkten Eigenleistungen verbundenen veränderten Einstellungen bei Nutzern, beim Publikum und beim gesellschaftlichen Umfeld. Die Bürger selbst werden – wenn es gut geht – von Objekten kultureller Angebote, von Betreuten und Konsumenten zu aktiven Subjekten, die als Teil der Kulturszene selbst mitwirken und mitgestalten. Kultur ist nicht mehr nur staatliches Angebot, gewissermaßen von oben, sondern bringt sich auch als gesellschaftliches Bedürfnis von unten ein.

Und schließlich geht es um die Vervielfältigung kultureller Angebote. Das Gegeneinander – wie es Klaus von Beyme zuspitzte – ist falsch. Ich zitiere ihn: „Kunst und Kultur haben größeren Subventionsbedarf als die meisten Wirtschaftszweige und gleichzeitig ist das Verhältnis zur jeweiligen Politik überaus kritisch. Nicht nur Künstler vertreten die Meinung, dass es in der Zivilgesellschaft eigentlich Kunst-Politik gar nicht geben dürfe. Kunst und Kulturpolitik können allenfalls das Gespräch der Gesellschaft mit sich selber beleben.“

Demgegenüber plädiere ich für ein – wie wohl sicher nie ganz – entspanntes Verhältnis gegenseitiger Beförderung, bei der staatliche Kulturpolitik sehr wohl das Recht und die Pflicht hat Akzente zu setzen, dies aber mit der aktiven Mitarbeit der Bürger verbinden muss. Der permanente Austausch, die praktische Zusammenarbeit, oder um es auf einen modischen Begriff zu bringen, die Vernetzung von staatlich-öffentlicher und freiwillig-ehrenamtlicher Kulturarbeit, als auch von Künstlern, Vermittlern und

Multiplikatoren untereinander, sind – denke ich – zu einer vorrangigen kulturpolitischen Aufgabe geworden.

Ein weiterer Gesichtspunkt: Kulturpolitik kann entscheidend dazu beitragen, dass – was bekanntlich sozialdemokratische Grundüberzeugung ist – die Wirtschaft dem Menschen zu dienen hat und nicht umgekehrt. Es geht darum, Räume von Selbständigkeit und Mündigkeit außerhalb der unmittelbaren ökonomischen Verwertungsinteressen vorzuhalten und zu verteidigen oder gelegentlich auch neu zu entwickeln. Und was ist das anderes als Kultur und Bildung, in denen der Mensch sein Dasein sinnhaft erfährt, wo er die Welt durchaus in bewusster Distanz zu Macht und Markt interpretieren und verändern lernt? Wir brauchen eben das künstlerische Werk, die Förderung aller Begabungen, von Phantasie, Kreativität und Wissen als entscheidende gesellschaftliche Ressourcen. Zweckbestimmungen kollektiven Handelns, alte Fragen nach Freiheit und Selbstbestimmung, neue Fragen nach Handlungsorientierungen und den Institutionen werden schließlich nicht zuletzt aus dem Kulturellen gewonnen. Kultur meint in diesem Sinne das jeweils geistig und ästhetisch Herausfordernde, die phantasievolle Kritik, das Neue jenseits der abgegriffenen Normalität und nicht zuletzt auch die kluge und anregende Unterhaltung.

In diesem Sinne sind Kultur und Bildung Voraussetzungen dafür eigene Interessen zu formulieren, im Meinungsstreit zu messen und politisch durchzusetzen. Das Kulturelle kann ein Reservoir für Problemlösungen der Zukunft sein, wenn eben – und das gilt es zu verteidigen – Kultur sich nicht auf das Marktgängige, auf das immer schon Erfolgreiche, auf das sich gewissermaßen selber Durchsetzende, auf den jeweils neuesten Trend darin reduzieren lässt und wenn wir es nicht darauf reduzieren lassen. Als Ressource für die Zukunftsvorsorge der Gesellschaft, die eben nicht allein marktfähig organisierbar ist, brauchen wir die kulturellen Freiräume vor politischer Bevormundung wie vor den Verwertungszwängen des Kapitals.

Das ist eine zentrale Herausforderung einer Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik, Kultur auch dann als eine Art antizyklischer Investition nicht fallen zu lassen, wenn die Rahmenbedingungen schwieriger geworden sind. Sie ist ein notwendiger Überschuss. Man weiß nicht wofür, man weiß es *noch* nicht, wofür alles gut ist. Doch mittel- und langfristig wird es auf die Bereitstellung derart kreativer Potenziale ankommen, um sich

in einer ständig komplizierter werdenden Welt jenseits des sich beschleunigenden technologischen Selbstlaufs kreativen Lösungen nicht zu verschließen.

Schließlich lautet der Titel unserer Tagung nicht von ungefähr „Menschen brauchen Visionen“. Im Merkur konnte man jüngst lesen: „Wenn in einer Welt von Ungleichzeitigkeiten das Drama der Moderne noch nicht zu Ende ist, dann wird einsichtig, dass auch die Utopie sich nicht verabschieden lässt. Sie ist gleichsam von der Politik in die Kultur eingewandert.“

Tatsächlich sind Künste, ist die Kultur vielleicht mehr denn je für Wertfragen und grundsätzliche Orientierungen, vor allem aber für die Sehnsüchte nach dem Anderen, für utopische Entwürfe zuständig. Kulturpolitik darf sich also nicht bloß in technokratischem Management und perfekterer Verwaltung erschöpfen, so sehr wir in der alltäglichen Kulturpolitik genau darin aufzugehen scheinen. Sie muss dem gegenüber Freiräume und – ich verwende bewusst dieses Wort – Transzendenz fördern über das Gegebene hinaus.

Nicht zuletzt ist dies zutiefst sozialdemokratisch. Gerne erinnere ich daran, dass bei allem aus der Geschichte der Arbeiterbewegung sehr wohl begründeten reformpolitischen Realismus oder Pragmatismus auch das Grundsatzprogramm, das geltende der SPD, einen mit Kultur umschriebenen utopischen Überschuss enthält. Es heißt in diesem Programm: „Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig.“ Und diese wird dann als eine „neue Kultur des Zusammenlebens“ bezeichnet. Tatsächlich braucht eine gesellschaftsreformerische Kraft wie die Sozialdemokratie den Spannungsbogen zwischen den Sachzwängen der Realität und einer wertebegründeten Orientierung auf die Zukunft. Ohne dass Kulturpolitik vor Ort Visionen ernst nimmt und in alltägliches Handeln zu übersetzen versucht, immer neu am Rande der Verzweiflung und des Scheiterns, ohne diese Spannung würde die Rede vom Primat der Politik gegenüber den Mächten der Ökonomie schlechthin leer bleiben.

Die Potenziale eines breiten Engagements von Künstlern, aber eben auch vieler Bürger, die nicht selbst Künstler sind, aber Interesse an den Künsten haben - ohne diese Potenziale zur Sicherung unseres Kulturangebots zu nutzen, wäre Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik nicht möglich. Wir brauchen dazu mehr kulturell gebildete und

interessierte Politiker, Politiker, die die Kultur in den quälenden Debatten über mangelnde Finanzen entschieden verteidigen, die die Kultur als Pflichtaufgabe ernst nehmen. Und dann können wir auch als Politiker überzeugender über die ehrenamtliche Arbeit sprechen. Aber wir wissen auch, dass die Verteidigung der Kultur lange vor der Kultur beginnt. Es geht eben nicht nur um Kulturpolitik im engeren Sinne, sondern darum die Kultur bei jeder politischen Entscheidung nicht aus dem Blick zu verlieren. Brauchen wir nicht eine Art – das Wort ist schon öfter verwendet worden – Kulturverträglichkeitsprüfung für alle Strukturentscheidungen und politischen Maßnahmen? Ob dies arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind oder finanzpolitische oder steuerliche Reformen, diese haben oft gravierende Folgen für die Kultur. Im Bund haben wir – hier etwa durch die besondere Förderung des Ehrenamtes oder die Reform des Stiftungsrechts – ein paar Weichen gestellt. Doch ist in den letzten Jahren der Anteil der Kulturausgaben der Kommunen gegenüber denen von Bund und Ländern deutlich zurückgegangen. Hier gilt es – Stichwort: finanzielle Besserstellung der Gemeinden – klare Perspektiven aufzuzeigen. Die Reform der Finanzverhältnisse zwischen Bund und Ländern und Gemeinden ist eine kulturpolitische Aufgabe, ist im Interesse einer künftigen Kulturpolitik der Kommunen.

Lassen Sie mich am Schluss mit einem Zitat enden, vom Deutschen Städtetag 1973. Da hieß es: „Kulturarbeit in der Stadt soll die Kommunikation fördern und damit der Vereinzelung entgegenwirken, soll Spielräume schaffen und damit ein Gegengewicht gegen die Zwänge des heutigen Lebens setzen, soll die Reflexion herausfordern und damit bloße Anpassung und Ablenkung überwinden.“

Wo erkennbar die neoliberalen Weltbilder nicht mehr weiterhelfen, könnten solche Thesen heute wieder eine Chance haben, nicht zuletzt, um sich mit derartigen Fragen und ihren lokalen Bezügen auseinander zu setzen, haben wir das Kulturforum der Sozialdemokratie regionalisiert. Es gibt schon über 25 regionale Kulturforen, um in diesem Sinne kulturelle Auseinandersetzung zu fördern, um im offenen Dialog zwischen Kultur und Politik innovative Lösungen zu finden und um nicht zuletzt als kräftige Lobby für die Künste, für die Kultur anderen und per se immer schon mächtigeren Interessen Paroli zu bieten. Darum geht es. Helfen Sie mit, übrigens auch im Blick auf die Bundestagswahl gesagt, dass diese Arbeit fortgesetzt werden kann.